

Fahrer ermahnen, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Mit anderen Worten, die Kontrollfahrzeuge sollen das Falschfahren nicht bestrafen, sondern es verhindern. Ausgesprochenermassen in diesem Sinne sind beispielsweise die Verkehrsfahrzeuge in München tätig, welche diejenigen Fahrer, die sie beanstanden zu müssen glauben, an Ort und Stelle darauf aufmerksam machen, dass zu schnell gefahren wird, dass falsch gefahren wird usw. Die Kontrolleure fahren deshalb auch in voller Uniform.

Zweifelsfrei ist diese Art der Aufrechterhaltung der Ordnung nicht nur die menschlich sympathischere, sondern auch weitaus geeigneter, Unfälle zu verhüten. Denn hier wird der Fehler an Ort und Stelle abgestellt, während beim „Aufschreiben“ der Schnellfahrer oder Falschfahrer fehlerhaft weiterfährt und erst nach Wochen durch die Strafbefehle in Erfahrung bringt, dass er dann und dann und da und dort falsch gefahren sei. Da solche Abmahnungen auch nicht zu den Alltäglichkeiten jedes Fahrers gehören, wird sich jeder Stadt-Fahrer auch jede Stelle, an der er einmal ermahnt wurde oder an welcher er die Ermahnung einer anderen mitangesehen hat, wohl merken, ganz abgesehen davon, dass jeder Fahrer jederzeit mit der Beobachtung durch ein nachfolgendes Kontrollfahrzeug rechnen muss.

Zum Schluss sei noch auf eine Gefahr hingewiesen: Viele polizeiliche Verwaltungen lassen es beispielsweise zu, dass in den Ausmündungsstrassen der Stadt in die freie Landschaft schon ein schnelleres Tempo als vorgeschrieben angeschlagen wird, freie Strecke vorausgesetzt. Hier handelt es sich immer nur um eine stillschweigende Duldung, auf welche sich kein Kraftfahrer im Ernstfalle berufen kann.

Da in den Ausmündungsstrassen der Verkehr nicht so gross ist, diese Strassen auch gewöhnlich gerade Strecken haben, ist die Möglichkeit und Gefahr der Abstopfung dort gegeben, auch mit der Möglichkeit zu rechnen, dass missgünstige Beamte einen Fahrer zur Strecke bringen, welcher sich allzusehr auf die Toleranz anderer Beamter in den Ausmündungsstrassen verlassen hat.

Erst recht hängt der Fahrer wegen Schnellfahrens, wenn ihm auf dieser Strecke irgendetwas passiert. Denn dann ist von Toleranz nicht mehr die Rede, dann gilt nur der Buchstabe der Verordnung. Der Fahrer hat sich dann allein dadurch, dass er über Höchstgeschwindigkeit gefahren ist, ins Unrecht gesetzt, wenn er auch sonst noch so vernunftgemäss gehandelt hat, und wenn sein Hindernis, ob Sache, Tier oder Mensch, noch so unsinnig sich verhalten hat.

—::—

Etwas über Polizeistrafen

Es ist eine altbekannte Sache, dass in vielen Ortschaften die Strafen für kleine Uebertretungen der Chauffeure nicht dazu erlassen werden um einem Uebel abzuhelpen, sondern um die Polizeikasse zu füllen. Denn sonst wäre unmöglich, dass ein Automobilist deswegen bestraft wird, weil er mit einer Geschwindigkeit von 16 km in der Stunde gefahren ist, wogegen im übrigen Polen 40 km in der Stunde gefahren werden darf. Dass dieses neue Gesetz in Poln. Oberschlesien bisher nicht eingeführt wurde, liegt nicht etwa daran, dass hier schlechtere Wagen laufen oder schlechteren Wege sind als im übrigen Polen, sondern daran, dass der Schlesische Sejm dieses Gesetz bisher für Oberschlesien nicht bestätigt hat, sodass hier noch immer das alte deutsche Gesetz vom Jahre 1909 u. 1910 verbindlich ist. Es ist eine einzig stehende Tatsache, dass es in Europa noch einen Winkel gibt, wo seit 20 Jahren trotz den Fortschritten der Automobiltechnik die Automobil-Vorschriften nicht geändert wurden. Auf Grund der alten schon längst überholten Bestimmungen zählt noch so mancher Strafen, die man glattweg als Schikane betrachten kann. Deswegen wäre es von Interesse darauf hinzuweisen, wie diese Sachen in den westlichen Staaten in Europa gehandhabt werden. Trotz der dort der neuen Zeit angepassten Automobilgesetzgebung wird dort von den massgebenden Stellen immer wieder darauf hingewiesen, das Publikum und damit auch die Automobilisten nicht zu schikanieren. So hat z. B. die preussische Regierung eine Verordnung erlassen, die wir untenstehend wiedergeben.

* * *

Der preussische Minister des Innern hat in einem Runderlass an alle Polizeibehörden und die Beamten der Landjägeri Richtlinien über den Erlass polizeilicher Strafverfügungen und die Erteilung von polizeilichen Verwarnungen gegeben.

Nach den Beobachtungen des Ministers wird von zahlreichen Ortspolizeibehörden noch zu viel und zu hoch gestraft. Polizeibehörden im modernen demokratischen Staate sollen in erster Linie durch Aufklärungen Einsicht und Verständnis für polizeiliche Notwendigkeiten fördern. Sie bedienen sich dazu der Presse wie der in Frage kommenden Verbände und Vereinigungen. Hinsichtlich der Frage,

wann gestraft werden solle,

bestimmt der § 153 StPO. für Uebertretungen, dass von einer Strafe abgesehen ist, wenn die Schuld des Täters gering ist und die Folgen

Der Związek Zawodowy Automobilistów in Katowice

veranstaltet am Ronnabend, den 9. Februar d. J.

Im Saale des Herrn Noglig ein

Winter-Fest

zu dem Einladungskarten im Sekretariat abzuholen sind. Nähere Bedingungen unter Verbands-Nachrichten. Ohne persönliche Einladungskarte kein Eintritt